

Stefan Müller (Erlangen)

- (A) Bereich, in dem mehr Geld ausgegeben werden kann. In den Jahren 2010 bis 2013 werden die Ausgaben für Bildung und Forschung um 12 Milliarden Euro erhöht werden. Damit ist der Bereich „Bildung und Forschung“ der einzige Bereich, in dem künftig mehr Geld zur Verfügung steht; denn dort entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir sparen nicht auf Kosten der Zukunft, sondern wir sparen für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Kollegin Nicolette Kressl hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Nicolette Kressl (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die bisherige Debatte – das gilt ganz besonders für die Beiträge der Redner der Koalitionsfraktionen – hat deutlich gemacht: Zu den wirklich entscheidenden Fragen sagen Sie außer Allgemeinplätzen heute nichts.

Ich will kurz die Frage der **sozialen Gerechtigkeit** ansprechen. Sie, Herr Müller, haben gerade gesagt, es würden im Sozialhaushalt nur 3 Prozent eingespart. Ich sage Ihnen: Die alleinerziehende Frau, die Arbeit hat, die als Aufstockerin Hartz IV bezieht und der Sie jetzt das Elterngeld streichen, kann mit Ihrem Argument, es würden nur 3 Prozent gestrichen, nichts anfangen. Diese Streichung ist ungerecht, und sie bleibt ungerecht.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Schäuble, Sie haben die Streichung mit dem Lohnabstandsgebot begründet und dabei den Begriff der Leistung gebraucht. Dass der Aufstockerin, die arbeitet, das Elterngeld gestrichen wird, hat mit der Anerkennung von Leistung nichts zu tun. Sie sind die Antworten auf viele Fragen schuldig geblieben.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Lassen Sie doch die Aufstocker einmal außen vor!)

Sie gehen den falschen Weg. Ihre Allgemeinplätze machen deutlich, dass Sie sich selber nicht im Klaren darüber sind, wohin der Weg eigentlich führen soll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Lassen Sie mich auf die zwei Bereiche eingehen, die für die allgemeine Finanzdebatte wichtig sind. Die erste Anmerkung betrifft Basel III. Wir haben uns fraktionsübergreifend – das ist auch gut – zu einer stärkeren Regulierung bekannt. Wir haben gemeinsam über alle Fraktionen hinweg einen entsprechenden Antrag verabschiedet. Ich glaube, wir sind auf einem richtigen Weg. Es wird aber darauf ankommen, darauf zu achten, dass die Regulierung in Europa und in den USA gleichermaßen erfolgt. Wir wissen, dass wir da genau hinschauen müssen. Das ist ganz wichtig in diesem Bereich. Aber auch in dieser Frage bleiben Sie die entscheidende Antwort schuldig:

- Wo bleibt eigentlich die Beteiligung der Verursacher der Krise an den Kosten der Krise? (C)

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich nicht mit der **Bankenabgabe** herausreden. Das wissen Sie doch. Durch die Bankenabgabe werden die Verursacher mit keinem einzigen Cent an den Kosten der Krise beteiligt. Es handelt sich dabei vielmehr um einen Topf, in den für die Zukunft eingezahlt wird. Möglicherweise muss 100 Jahre in diesen Topf eingezahlt werden, um die Kosten der nächsten Krise bewältigen zu können. Aber lassen wir das einmal dahingestellt sein. Sie haben kein Konzept, um die Verursacher an den Kosten der Krise zu beteiligen, um es ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD haben gesagt: Wir wollen dafür die **Finanztransaktionsteuer**. Sie sagen, dass Sie diese einfordern, wissen aber, dass es darüber extrem divergierende Meinungen in der Bundesregierung gab. Vorhin sagten Sie, man könne sich darüber streiten, und wenn man sich hinterher einige, sei es gut. So ist es aber nicht. Ich habe von keinem einzigen FDP-Vertreter ein klares Bekenntnis zur Finanztransaktionsteuer gehört, kein einziges Wort. Herr Wissing hat gleich anschließend Gelegenheit, sein Bekenntnis dazu deutlich zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- Das führt dazu, dass die Durchsetzungsfähigkeit der Bundesregierung bei Verhandlungen auf internationaler Ebene massiv geschwächt wird. Bei einem Scheitern der Finanztransaktionsteuer wird dann nachher als Alibi angegeben, der Vorstoß sei wegen des Widerstands auf europäischer und internationaler Ebene gescheitert. Das ist nun wirklich nicht das, was wir wollen. (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin Kressl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Barthle?

Nicolette Kressl (SPD):

Gern.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Frau Kollegin Kressl, das ist nun schon die zweite Rede aus den Reihen der SPD-Fraktion, in der immer wieder darauf hingewiesen wird, wir müssten doch endlich auch die Verursacher der Krise zur Kasse bitten. Ich möchte Sie gern fragen, ob Sie mir hier und heute sagen können, wer alles aus Deutschland Verursacher der Krise war, in welchem Ausmaß und wie wir alle diese dann zur Kasse bitten.

Nicolette Kressl (SPD):

Lieber Herr Kollege Barthle, ich weiß:

Nicolette Kressl

(A) (Dr. Volker Wissing [FDP]: Bitte konkret werden!)

Der Hintergrund Ihrer Frage ist der, dass Sie immer wieder erzählen, man könnte die Kosten der Krise nicht genau definieren und deswegen bräuchte man gar nicht zu versuchen, die Verursacher daran zu beteiligen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Namen! – Manfred Grund [CDU/CSU]: Kontonummern!)

– Damit es alle mitbekommen: Herr Barthle ruft: Namen! – Dann wollen wir einmal Ihre Reden zum Thema Bankenkrise lesen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Sie behaupten etwas! – Antworten!)

Diejenigen, die über alle Maßen und völlig losgelöst von der Kreditversorgung der Realwirtschaft im Bereich der Spekulation unterwegs waren, die bei den Banken ihre Hauptgewinne inzwischen nicht mehr mit realwirtschaftlichen Geschäften, sondern mit Spekulationen gemacht haben,

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Eigenhandel!)

sind auch Verursacher der Krise.

(Otto Fricke [FDP]: Auch!)

Dass Sie hier jetzt ernsthaft sagen, das seien sie nicht und das könne man nicht benennen,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wer? Sagen Sie es! – Zurufe von der FDP: Sagen!)

(B) ist wirklich das Lächerlichste, was ich hier im Plenum seit langem gehört habe.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der FDP: Keine Ausweichbewegung! – Wer war es denn jetzt?)

Es gib im Übrigen auch Redner aus der Regierung, Herr Barthle, die sagen: Wir müssen die Verursacher mit zur Verantwortung ziehen. – Da sind immer auch die unverantwortlich schnellen Spekulationen mit genannt worden.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Ich weiß immer noch nicht, wer! – Otto Fricke [FDP]: Wer denn?)

Aus Ihrer seltsamen Frage muss ich schließen, dass Ihnen nicht einmal das mehr klar ist.

Das will ich zu dieser Frage noch ergänzen: Sie ziehen das jetzt ins Lächerliche,

(Zurufe von der FDP: Nein!)

weil Sie nicht in der Lage sind, die Verursacher durch eine Finanztransaktionsteuer heranzuziehen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie sind auch nicht in der Lage, es zu benennen!)

Kurzum: Sie wollen das nicht. Wir nehmen das zur Kenntnis und werden das allen Menschen entsprechend

erklären. Wenn Sie hier wörtlich sagen: „Wir kennen die Verursacher nicht; wir beteiligen sie nicht an den Kosten, weil wir die Kosten nicht genau definieren können“, dann ist das, finde ich, mehr als entlarvend. (C)

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wir wollen es von Ihnen wissen!)

Gehen wir weiter zu einem zweiten Bereich, zur Steuerepolitik. Dazu ist ganz aktuell zu lesen: Die Zerstrittenheit in der Bundesregierung führt dazu, dass sie im Fall von Singapur den Kampf gegen die **Steuerhinterziehung** nicht aufnehmen kann. – Das ist heute Morgen nachzulesen gewesen. Das Wirtschaftsministerium hat eine andere Position als das Finanzministerium. Ich zitiere:

Klar ist aber auch: Solange die Bundesregierung hier keine Lösung findet, bleibt der Kampf gegen Steuerhinterziehung blockiert.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD] – Otto Fricke [FDP]: Was hat denn Singapur mit dem Haushalt 2011 zu tun?)

– Herr Fricke fragt, was das mit dem Haushalt zu tun hat. Ich habe immer gedacht: Wenn man Steuerhinterziehung bekämpft, hat man mehr Steuereinnahmen, und das wirkt sich auf den Haushalt aus.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Darum geht es in Singapur gar nicht! – Gegenruf des Abg. Joachim Poß [SPD]: Das ist die Schutztruppe!)

(D) Aber offensichtlich hapert es bei der Koalition inzwischen schon beim kleinen Einmaleins.

In den letzten Tagen ist eine Debatte um die **Umsatzsteuer** erkennbar. Hier stimmt der altbekannte Spruch: Im Vergleich zu Ihnen ist ein Hühnerhaufen eine geordnete Formation. – Die FDP gibt in dieser Frage ihre Klientelpolitik auf; die CDU hat das schon seit längerem getan. Die Einzige, die sich jetzt noch als Hüterin des „1-Milliarde-Euro-pro-Jahr“-Klientelgeschenks aufspielt, ist die CSU. Gleichzeitig wird gesagt: Wir machen ganz schnell, noch bis Ende des Jahres – das würde ich gern sehen –, eine Mehrwertsteuerreform. – Das habe ich in den Zeitungen gelesen. Herr Schäuble – das war nicht das Ministerium, sondern die Koalition, aber Sie gehören ja irgendwie dazu –, das macht deutlich, finde ich, wie chaotisch das Ganze ist.

(Ulrike Flach [FDP]: Wo haben Sie das denn gelesen? – Otto Fricke [FDP]: Die nächste Behauptung!)

Sie bekommen doch nie im Leben eine sozial verantwortbare Mehrwertsteuerreform noch in diesem Jahr auf den Weg.

(Birgit Homburger [FDP]: Von diesem Jahr hat doch keiner geredet!)

Wir von der SPD haben immer gesagt – wir waren Mitinitiatoren dieses Gutachtens –: Darauf muss man mal schauen.

Nicolette Kressl

(A) (Zuruf der Abg. Birgit Homburger [FDP]: In 20 Jahren!)

– Frau Homburger, es war die SPD, die dieses Gutachten initiiert hat.

(Joachim Poß [SPD]: 2002, wer hat denn da blockiert?)

Ich darf daran erinnern, wer bei der Mehrwertsteuerreform 2002 über den Bundesrat blockiert hat. Das waren nicht die Sozialdemokraten.

(Joachim Poß [SPD]: Wer war denn das? Wer hat denn da blockiert?)

Das waren Sie. Sie sollten bei dem Punkt ganz vorsichtig sein.

(Ulrike Flach [FDP]: Sie haben es doch nie gemacht!)

Auf jeden Fall: Das Bild vom Hühnerhaufen, was die Frage Mehrwertsteuer angeht, gilt weiter.

(Ulrike Flach [FDP]: Wer war denn zwölf Jahre dafür zuständig?)

Kommen wir zum nächsten spannenden Teil. Niemand kann uns ernsthaft und seriös sagen, wie Sie im Rahmen der **Brennelementesteuer** wirklich auf 2,3 Milliarden Euro kommen wollen.

(Otto Fricke [FDP]: Kernbrennstoffsteuer!)

(B) Da ist doch nachträglich, als klar war, dass für den Gesamthaushalt weniger herauskommt, mit Müh und Not etwas gedreht worden. Ich sage Ihnen: Die Sozialdemokraten werden im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens darauf drängen, zu erfahren, wie sich dieser Deal tatsächlich auswirkt.

Ein letzter Punkt: Herr Schäuble, Sie haben gesagt, zusammen mit den Ländern und Kommunen werden Sie deren Finanzierungsgrundlage stabilisieren. „Zusammen“ entspricht aber nicht dem, was wir zum Beispiel im Zwischenbericht der Gemeindefinanzkommission lesen. Da ist ausschließlich von einem Gegeneinander die Rede, da, wie Sie wissen, die **Kommunen** die Gewerbesteuer, die Sie abschaffen wollen, erhalten wollen. Kurzum: Sie verwenden eine plakative Überschrift, die mit der Realität, was in der Politik tatsächlich passiert, nichts zu tun hat.

Ich fasse zusammen: Sie sind chaotisch in die Sommerpause gegangen – Sie sind chaotisch herausgekommen. Im Interesse des Landes hoffen wir, dass Sie endlich einmal zu einer klaren Linie finden.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Dr. Volker Wissing für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (C)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Aufwärtsbewegung. Die Konjunktur hat sich stabilisiert, die Wirtschaft wächst, und die Arbeitslosenzahlen gehen zurück. Das zeigt, dass diese christlich-liberale Regierung,

(Zuruf von der SPD: Schwarz-Gelb meinen Sie doch!)

diese christlich-liberale Koalition mit ihrer wachstumsorientierten Politik genau auf dem richtigen Weg ist. Wir haben Erfolge vorzuweisen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben in einer weiß Gott nicht einfachen Situation Verantwortung übernommen: Es gab die schwerste Finanzmarktkrise, die das Land je getroffen hat, und eine enorme Wirtschaftskrise. In Wahrheit haben wir nicht nur eine Finanzmarktkrise, sondern auch eine Staatsverschuldungskrise. Trotz dieser schwierigen Situation haben wir im Bereich der Finanzpolitik einen guten Weg eingeschlagen und können bereits die ersten Früchte ernten. Darüber sollten wir uns in diesem Hause auch gemeinsam freuen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Sie, Frau Kressl, haben mehr Steuergerechtigkeit und die **Bekämpfung von Steuerbetrug** angesprochen. Auch in diesem Bereich hat die Bundesregierung etwas erreicht, was Sie nicht geschafft haben. Ihr Bundesfinanzminister hat mit seinen peinlichen Drohungen gegenüber der Schweiz diplomatisches Chaos angerichtet; der derzeitige Bundesfinanzminister hat die Problematik der Doppelbesteuerung mit der Schweiz gelöst. Es geht, wenn man es kann.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt auch in anderen Bereichen. Sie fordern ja immer, endlich etwas bei der **Finanzmarktregulierung** zu tun. Wir haben schon viel getan. Wir sind damit noch nicht fertig, aber wir haben schon viel auf den Weg gebracht: Wir haben die Vergütungs- und Anreizsysteme in Ordnung gebracht. Wir haben für Bankenrestrukturierung gesorgt und eine Bankenabgabe auf den Weg gebracht, damit diese Bankenrestrukturierung nicht vom Steuerzahler finanziert werden muss, sondern von den Unternehmen selbst. Es gibt nun höhere Eigenkapitalanforderungen – Stichwort: Basel III –; es gilt ein erhöhter Selbstbehalt bei Verbriefungen. Leerverkäufe wurden strenger reguliert. – All das sind Erfolge dieser christlich-liberalen Koalition. Diese lassen wir uns von der Opposition nicht kleinreden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)